

# Ein boomendes Geschäft

## PRIVATE SICHERHEIT UND KLEINWAFFEN

Private Sicherheitsfirmen (private security companies – PSCs) sind zunehmend unter internationale Beobachtung geraten, zum einen aufgrund der Rolle, die sie während der Konflikte in Afghanistan und im Irak gespielt haben, zum anderen aufgrund der Besorgnis, die der Mangel an Rechenschaftspflicht bezüglich der Tätigkeit der privaten Kräfte ausgelöst hat. Die weithin publik gemachte Beteiligung internationaler PSCs an aktuellen Konflikten könnte den viel dominierenderen Trend der Privatisierung der Sicherheit in der Gesellschaft als Ganzes, besonders in konfliktfreiem Umfeld, überschatten. Das Spektrum an PSCs reicht von lokalen Organisationen bis hin zu multinationalen Unternehmen, die für unterschiedliche Kunden wie Regierungen, Großkonzerne, Betriebe und private Haushalte tätig werden.

Während der Debatte um die Legitimität der Tätigkeit von PSCs, die man als Übernahme staatlicher Funktionen ansehen könnte, viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, waren die Bemühungen, die von PSCs verwendeten Kleinwaffentypen sowie mögliche Lücken bei der Kontrolle zu dokumentieren, gering. In Kapitel 4 wird der Umfang der privaten Sicherheitsindustrie auf globaler Ebene untersucht, der Grad der Bewaffnung ermittelt und die Frage gestellt, ob die Ausrüstung von PSCs zur Sicherheit beiträgt oder sie bedroht. Die wichtigsten Ergebnisse sind folgende:

- Basierend auf einer Überprüfung von 70 Ländern wird geschätzt, dass die Zahl der Beschäftigten im privaten Sicherheitssektor weltweit zwischen 19,5 und 25,5 Millionen beträgt.
- PSCs besitzen zwischen 1,7 und 3,7 Millionen Schusswaffen weltweit – eine Schätzung, die auf Hochrechnungen vorhandenen Inventars beruht. Würden auch nicht deklarierte und illegal verwendete Waffen in die Schätzung einfließen, wäre das globale Arsenal der PSCs noch umfangreicher.
- Weltweit machen die Waffen, die sich im Besitz von PSCs befinden, nur einen Bruchteil dessen aus, was Exekutivorgane (26 Millionen) und Streitkräfte (200 Millionen) an Schusswaffen besitzen.
- Während PSCs in manchen Ländern der Einsatz von Kleinwaffen untersagt ist, beläuft sich die Anzahl der vorhandenen Waffen in einigen konfliktbetroffenen Regionen auf mehr als drei pro Mitarbeiter.
- Außerhalb des Umfelds von bewaffneten Konflikten ist die Bewaffnung von PSCs in Lateinamerika am umfangreichsten. Der Durchschnitt an Waffen pro Mitarbeiter liegt hier etwa zehnmal höher als in Westeuropa.



Ein pakistanischer Beamter inspiziert unlicenzierte Waffen, die von einem einheimischen Sicherheitsunternehmen konfisziert wurden, Islamabad, September 2009. © Anjum Naveed/AP Photo



**Bewaffnetes Personal einer privaten Sicherheitsfirma übt das Abfeuern mit der 9-mm-Pistole auf einer Schießanlage, Johannesburg, Südafrika, Juni 1997. © Reuters**

- PSCs, die in Afghanistan und im Irak tätig sind, wurden mit vollautomatischen Sturmgewehren, Maschinengewehren, Scharfschützengewehren und in einigen Fällen auch raketengetriebenen Granatwerfern ausgestattet, wodurch ihre ursprünglich „verteidigende“ Rolle in Frage gestellt wird.

#### **Der Grad der Bewaffnung von PSCs ist in Lateinamerika am höchsten.**

Die private Sicherheitsindustrie konnte weltweit ein starkes Wachstum verzeichnen, wobei sie in vielen Ländern mehr Beschäftigte zählt als die Polizei. Identifizierbare Trends beim Personaleinsatz in PSCs, Prognosen und Auftragsvergaben der Regierungen legen nahe, dass die Industrie in absehbarer Zeit weiter wachsen wird. Doch die Kontrollen, die sie regulieren sollen, halten mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Die Länder hinken in der Regel mit der Entwicklung effektiver Aufsichtsmechanismen für PSCs hinterher und sie scheinen die nötigen Schritte nur als Antwort auf Verstöße zu ergreifen und nicht um diese zu verhindern.

In diesem Kapitel wird aufgezeigt, dass der Umfang der regulatorischen Kontrolle über die Schusswaffen von PSCs keine Ausnahme zu dieser Regel darstellt. Einige PSCs waren am illegalen Erwerb und Besitz von Schusswaffen beteiligt, haben Waffen durch Diebstahl verloren oder haben Kleinwaffen gegen Zivilisten eingesetzt, obwohl es keinen Anlass dazu gab. Jedoch gibt es zu diesen Fällen lediglich Anhaltspunkte und die Kontrolle der Waffenbestände von PSCs sowie der Benutzung wurde lediglich in Einzelfällen und nur als Antwort auf öffentlich gewordenen Missbrauch verbessert. Über die tatsächlichen Mengen und Typen von Schusswaffen im Besitz von PSCs ist nur wenig bekannt. In vielen Ländern existieren keine offiziellen Standards für die Verwaltung und Sicherung der Waffen von PSCs und auch nicht für die Ausbildung des Personals.

Der Mangel an effektiver Regulierung hat dazu geführt, dass die Industrie in Bezug auf Schusswaffen größtenteils eigene Standards entwickelt hat, zu deren Implementierung jedoch nur die größten Firmen bereit und in der Lage sind. Die Vertraulichkeit interner PSC-Regulationen hat dabei bewirkt, dass diese Standards keine Verbreitung innerhalb der Branche erfahren, weshalb die verschiedenen PSCs sich nach verschiedenen Vorschriften richten.

Die laufenden Bemühungen zur Regulierung der privaten Sicherheitsindustrie auf internationaler, nationaler und brancheninterner Ebene im Anschluss an die Verabschiedung des Montreux-Dokuments haben Potential, da sowohl die Industrie als auch die betroffenen Staaten nicht nur Verpflichtungen eingegangen sind, sondern auch ihre Absicht erklärt haben, einen unabhängigen Aufsichtsmechanismus zu schaffen. Die Bewertung seiner Effektivität wird mehr Transparenz und Informationsaustausch in Bezug auf Personalqualifikationen, Ausbildungsniveaus und Missbrauchsfälle erfordern. Ebenso werden mehr Informationen benötigt um einschätzen zu können, ob die Kontrollen für Schusswaffenbestände tatsächlich implementiert und durchgesetzt werden.

#### **Die mangelnde Transparenz interner Abläufe in privaten Sicherheitsfirmen erschwert eine objektive Bewertung.**

Eine Aufforderung der PSCs zu mehr Transparenz in Bezug auf Schusswaffenbestände und -weiterverkäufe würde die Möglichkeit, Fortschritte zu messen und auf die Einhaltung internationaler Standards zu drängen, erheblich verbessern. Für die Industrie ist der Einsatz unter Umständen hoch: Die Unfähigkeit, einen Nachweis für die Einhaltung vertretbarer Standards zu erbringen, könnte öffentliche Kritik, Umsatzeinbußen und schließlich auch ein Eingreifen der Regierung nach sich ziehen. ■